

Eine Schlußbemerkung zur deutschen Ausgabe meines Artikels:

Als ich im Sommer 1989 für den 27. Internationalen Kunsthistorikertag in Straßburg ein Referat über den hussitischen Bildersturm vorbereitete, konnte ich nicht umhin, an die damalige Situation in unserem Land zu denken. Der letzte Absatz meines Straßburger Vortrags lautete: „Zu den ständigen Träumen der Menschheit zählt die Vorstellung von einer neuen, besseren Welt, das Bestreben, alte Fesseln abzustreifen. Diese Sehnsüchte durchwirken wie ein roter Faden die ganze Geschichte der Menschheit, sind ein untrennbarer und positiver Bestandteil der menschlichen Kultur, und auch wir verstehen sie heutzutage gut.“ Wenige Wochen nach dem Straßburger Kongreß, am 17. November 1989, begann in Prag die Revolution, die auch in der Tschechoslowakei ermöglicht hat, Zeugnisse der jüngsten Vergangenheit zu veröffentlichen.

Der Artikel über den Zustand des Denkmälerfundus in der Tschechoslowakei wurde ursprünglich in leicht gekürzter Fassung am 9. März 1990 in der Tageszeitung der Tschechoslowakischen Volkspartei *Lidová demokracie* abgedruckt. In vollständigem Wortlaut können ihn nun die Leser der *Kunstchronik* lesen. Es erschien mir nicht notwendig, für diesen Zweck viel daran zu ändern.

Da die Leser der *Kunstchronik* vorwiegend Kunsthistoriker sind, möchte ich meinen Kollegen versichern, daß es mir seinerzeit, als ich den Artikel für eine der beliebtesten Zeitungen schrieb, nicht um Sensationen zu tun war. Der wirkliche Stand der Dinge ist noch viel schlimmer als man auf zwanzig Manuskriptseiten schildern kann. Sicher wird der deutsche Leser auch verstehen, daß ich mit diesem Zeugnis nicht mein eigenes Volk als eine Gesellschaft von Barbaren darstellen will. Ich glaube, daß — was den Umgang mit dem Denkmälerfundus angeht — auch die Bevölkerung der DDR nicht besser da steht. Ich wollte einfach nur zeigen, wohin es mit einem Land kommt, das ohne jegliche Kontrolle durch die Öffentlichkeit regiert wird.

Jiří Kuthan

ANMERKUNGEN ZUR POSITION DER DENKMALPFLEGE UNTER DER TOTALITÄREN UND IN DEN ANFÄNGEN DER DEMOKRATISCHEN REGIERUNG

In der Tschechoslowakei entschied seit dem Februar 1948 bis zum November 1989 stets die KPČ über alle wichtigen Aspekte des öffentlichen Lebens unserer Gesellschaft. Dies traf auch auf die staatliche Denkmalpflege zu, und zwar mittels der Kontrolle, die die Partei über die Tätigkeit des Kulturministeriums und der Nationalausschüsse ausübte. (Die folgenden Betrachtungen beschränken sich auf die Situation in den böhmischen Ländern; in der Slowakei herrschten freilich die gleichen Zustände.)

Eingangs muß festgehalten werden, daß die Kulturpolitik der KPČ gerade in der Denkmalpflege nicht allmächtig war. Oft stieß sie auf Reaktionen in der Öffentlichkeit, der wohlbewußt war, daß dieser sensible Bereich nationaler Interessen durch die monopolistische Herrschaft der KPČ gewaltsam manipuliert wurde. Die verschiedenen Ursachen für die allmähliche Zerstörung unserer historischen Städte, Burgen, Schlösser, der Sakralarchitektur oder der böhmischen Landschaft überhaupt stehen — abgesehen

von anderen Zusammenhängen — in offenkundiger Beziehung zu dem ideologischen Vorsatz, die Bindung des Volkes an seine erklärtermaßen überwundene Vergangenheit zu negieren (vgl. Jiří Kuthans Aufsatz in diesem Heft sowie Tomáš Vlček's Artikel in *Lidové noviny* Nr. 20, 14. 3. 1990). Der Widerstand gegen die Durchsetzung der sozialistischen Gegenwart und Zukunft auf Kosten der faktischen Bedeutung unserer nationalen Vergangenheit trat stets hinreichend deutlich zutage, auch wenn er sich zumeist nur indirekt äußerte. So wurde die Entwicklung unserer Denkmalpflege in den vergangenen 42 Jahren nicht nur durch die Intentionen der KPČ gestaltet, sondern ebenso sehr durch die Reaktionen auf diese; und nicht die herrschende KPČ, sondern gerade der aufgeklärte Teil der Öffentlichkeit — Fachleute und Laien, Menschen unterschiedlichster gesellschaftlicher Stellung einschließlich einiger Parteimitglieder — hat sich um all das verdient gemacht, was in der Denkmalpflege an Gutem geleistet worden ist. Ich erinnere an den berühmten Ausspruch des Schriftstellers Ludvík Vaculka aus dem Jahr 1968, daß „alles, was die Kultur erreicht hat, wie überhaupt alles, was Menschen bei uns an Gutem geschaffen haben ..., eher trotz des Verhaltens unserer herrschenden Kreise noch immer da ist. Es wurde ihnen regelrecht abgetrotzt“ (Diskussionsbeitrag auf dem IV. Kongreß Tschechoslowakischer Schriftsteller; *Literární listy* Nr. 5, 28. 3. 1968).

Um den Hintergrund der Problematik zu erhellen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Denkmalpflege — seit dem 19. Jahrhundert unabdingbare Verpflichtung eines jeden europäisch zivilisierten Staates — für die KPČ eine ständige ideologische und ökonomische Belastung darstellte, die sie trotz ihrer unumschränkten Herrschaft nie befriedigend zu meistern vermochte. Der ökonomische Mißerfolg wurde verschiedentlich eingestanden, den ideologischen verschleierte man oder verschwieg ihn ganz. Die KPČ bekundete stets eminentes Interesse an der Erhaltung des nationalen Kulturerbes; freilich konnte sie in sich selbst nie die ideologische Aversion gegenüber Denkmälern, die ja größtenteils an die Welt der Feudalherren und Kapitalisten erinnern, überwinden — durch Toleranz zeichneten sich die Kommunisten nicht aus. Diese Denkmäler bezeugten die tausendjährige Zugehörigkeit der böhmischen Länder zur westeuropäischen Kulturentwicklung; Verbindungen zwischen den böhmischen Ländern und der Kultur Osteuropas sind rar, zum orthodoxen Rußland und zu Moskau existieren so gut wie gar keine. Der wissenschaftliche Atheismus war schwer mit der religiösen Wirksamkeit der sakralen Denkmäler auszusöhnen. Viele Denkmäler in den böhmischen Ländern erinnern an die deutschsprechenden Einwohner, auch lange nach deren Vertreibung. Die „praktische Lösung“ dieses und weiterer ideologischer Dilemmata gehörte nach außen hin in den Aufgabenbereich der staatlichen Denkmalpflege. Diese sollte mit ihnen fertigwerden, indem sie die Geschichte strikt im Sinne der Revolution, des Klassenkampfes und der Parteilinie auslegte. Zum Mittel der Wahl wurde bald nach 1948 eine „historische Bewertung“ der Denkmäler, die den früheren kunsthistorischen Formalismus und Ästhetismus ausschaltete. Auf diese Weise sollten die engen Bindungen der tschechischen Kunstgeschichtsschreibung und Denkmalpflege an die Traditionen der Wiener kunsthistorischen Schule (Alois Riegl, Max Dvořák) sowie an den bedeutenden tschechischen Strukturalismus der 30er und frühen 40er Jahre (Jan Mukařovský, in der Denkmalpflege Václav Wagner) zerrissen werden, was leider für einige Jahre auch tatsächlich gelang.

Die historische Bewertung der Kunstdenkmäler in der Konzeption der frühen 50er Jahre stützte sich vor allem auf Zdeněk Nejedlýs ideologisierte Vorstellungen von den demokratischen Traditionen in der tschechischen Geschichte, unter Berufung auf die nationale Emanzipation, wie sie František Palacký betrieb, sowie die Volkstümlichkeit des Romanciers Alois Jirásek, zu deren Erben die Kommunisten werden sollten. Diese Auffassung konnte nicht dauerhaft gültig bleiben, sie mußte bald übergangen und modifiziert werden. Die unhistorische Einteilung der Denkmäler in „fortschrittliche“ und „reaktionäre“ stand in Widerspruch zur Denkmalpflege. Ging es angesichts der damaligen Musikkultur allenfalls noch an, die Fortschrittlichkeit der hussitischen Revolutionsbewegung zu preisen, so war dies in bezug auf Denkmäler der bildenden Künste ganz unmöglich.

Ebenso kurzsichtig und unannehmbar war es, das böhmische Barock, dem ja europäische Bedeutung zukommt, mit der zu verurteilenden Epoche der „Finsternis“ [„*Temno*“, historischer Roman Alois Jiráseks von 1916 über die Zeit nach der Schlacht am Weißen Berg] in Verbindung zu bringen. Dennoch trat das Bemühen, die historische Bewertung der Kunstdenkmäler durchzusetzen und dies als Mittel zur ideologischen Kontrolle der Denkmalpflege zu nutzen, bis zum Sturz der totalitären Herrschaft der KPČ im Jahre 1989 immer wieder zutage.

Bezeichnend dafür waren die Umstände, unter denen im Jahr 1978 das 600. Todesjahr des böhmischen Königs und römischen Kaisers Karl IV. begangen wurde. Die Verdienste Karls IV. um den kulturellen Aufstieg der böhmischen Länder standen außer Zweifel, zugleich war er jedoch aufgrund seiner westeuropäischen Orientierung und seiner wohlwollenden Haltung gegenüber der Kirche für die kommunistischen Ideologen nicht akzeptabel. Die für unsere Verhältnisse große Ausstellung zu diesem Jubiläum mußte von der Öffentlichkeit regelrecht erzwungen werden, und sie wurde erst dann beschlossen, als man über die monumentalen Feierlichkeiten im Ausland — so die großartige Ausstellung in Köln u. a. m. — nicht mehr hinwegsehen konnte. Gleichwohl wurde in der Prager Ausstellung (*Die Epoche Karls IV. in der Geschichte der Völker der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik*, Prag 1978) der ideologische Akzent auf die Entwicklung der tschechischen und slowakischen Eigenstaatlichkeit von den Anfängen bis in die Gegenwart gelegt — mit der offenkundigen Absicht, das Augenmerk des Besuchers von der Persönlichkeit Karls IV. und vom eigentlichen Charakter der gotischen Kunst abzulenken.

Noch 1981 und 1984 erachtete es der damalige Direktor der Prager Instituts für Kunsttheorie und -geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Jiří Dvorský, für notwendig, sogar vor einem internationalen Forum darauf hinzuweisen, daß Lenins Konzept der zweigeteilten Kultur (s. Lenins Analysen der Werke L. N. Tolstois) „nicht als mechanische Scheidung der nationalen Kultur in zwei getrennte Hälften aufgefaßt werden sollte, was etwa ... im Fall der historischen Denkmäler bedeuten würde, daß man die eine Hälfte gewissermaßen in Gnaden aufnimmt und bewahrt, die andere Hälfte aber als reaktionär abschreibt und dem Verderben anheimgibt“ (s. *Rudé právo* Nr. 276, 21. 11. 1981). Diese Verteidigung zielte keineswegs ins Leere. Im Jahr 1984 (Nr. 38, 19. 9.) veröffentlichte *Tribuna*, die Zeitschrift des Zentralkomiteés der Kommunistischen Partei, einen fingierten Leserbrief, in dem der staatlichen

Denkmalpflege vorgeworfen wurde, sie unterscheide nicht zwischen „klassenmäßig positiven“ Denkmälern und den „klassenmäßig negativen, also feindlichen, die zu den Ausbeuterklassen in Beziehung stehen“; diese letzteren sollten, so der Brief mehr oder weniger unverblümt, vernichtet werden.

Die größte Bedrohung für den Denkmälerbestand seit den josefinischen Reformen am Ende des 18. Jahrhunderts trat in den böhmischen Ländern paradoxerweise erst nach dem Ende des zweiten Weltkrieges im Zuge der Vertreibung der Deutschen ein, der Enteignung von Privateigentum und der daraus resultierenden Verarmung der bis dahin wohlhabenden Bevölkerungsschichten. Die Aufgabe, die „verstaatlichten“ Denkmäler — einschließlich der kirchlichen — zu schützen und zu pflegen, übernahm proklamativ der Staat, natürlich unter den oben skizzierten ideologischen Vorbehalten. In dem Bemühen, den durch all dies hervorgerufenen Verfall bedeutender Denkmäler aufzuhalten, gelang es gegen Ende der 40er Jahre, vor allem dank persönlichen Beziehungen Zdeněk Wirths, neue, den Gegebenheiten angepaßte Methoden des Denkmalschutzes durchzusetzen. Die bedeutendsten historischen Städte wurden zu „Denkmalreservationen“ erklärt, in ausgewählten Burgen und Schlössern wurden selektiv zusammengestellte Mobiliarensembles konzentriert, wobei die didaktische Funktion im Vordergrund stand. Man traf Vorbereitungen für großangelegte Rekonstruktions- und Restaurierungsmaßnahmen, die unter Mitwirkung spezialisierter Einrichtungen des Bauwesens und der neu geschaffenen staatlichen Restaurierungsateliers durchgeführt werden sollten. Seit Mitte der 50er Jahre zeigte sich — vor allem im Zusammenhang mit der unvollendeten Sanierung der Denkmalreservation Cheb/Eger, die ein gerichtliches Nachspiel hatte — immer deutlicher, daß alle diese großen Aktionen der staatlichen Denkmalpflege in den Anfängen der monopolistischen Herrschaft der KPČ in erster Linie eine propagandistische Funktion erfüllten: In die Tat konnten und sollten sie nicht umgesetzt werden. Als sich die Ideologie zu lockern begann, als Kritik am Personenkult um Josef V. Stalin und Klement Gottwald möglich wurde, konnten dem Regime gewisse Korrekturen an der bis dahin gültigen, strikt ideologischen Auffassung des Denkmalschutzes abgetrotzt werden, deren positive Auswirkungen bis heute überdauert haben. Damals wurde die urbanistische Konzeption des Denkmalschutzes für Altstädte durchgesetzt. Zu verdanken ist dies dem Engagement der Gründergeneration des seinerzeit geschaffenen und mittlerweile sehr renommierten Instituts für die Rekonstruktion denkmalwürdiger Städte und Objekte (Bohuslav Fuchs, Vilém Lorenc, Otakar Nový u. a.; vgl. Ivo Hlobil, *Teorie městských památkových rezervací, 1900—1975*, Prag 1985, 39 ff.). Analog ersetzte man — dank Bemühungen Oldřich J. Blažičeks — die früheren didaktisch konzipierten Ausstellungen in den staatlichen Burgen und Schlössern durch sogenannte Interieur-Installationen, in denen die ästhetische Qualität kunsthistorisch sensibel strukturierter Ensembles dominierte (Ivo Hlobil, *Sborník památkové péče v Severomoravském kraji* 5, 1982, 9—30). In der Restaurierung von Denkmälern aus den Bereichen der Malerei und später auch der Plastik und des Kunsthandwerks hatte František Petr versucht, den staatlichen Restaurierungsateliers eine Monopolstellung zu sichern; nun kamen auch individuell arbeitende, akademisch ausgebildete Restauratoren, die im Rahmen des Verbandes bildender Künstler tätig waren, zum Zuge. Dies ist vor allem ein Verdienst Bohumil Slánskýs, der gemeinsam mit Vincenc Kramář die moderne Entwicklung der

Restaurierung in den böhmischen Ländern eingeleitet hat (Ivo Hlobil, *Zborník OSPS*, OP 2, 1982, 119—131). Im Jahre 1958 konnte dann auch das erste Gesetz über Denkmäler und Denkmalpflege erlassen werden. Dieses Gesetz bestärkte die Denkmalpfleger einerseits in der Hoffnung, daß die Willkür endlich unterbunden werden könnte; andererseits weckte es neue Befürchtungen, da es den Denkmalplegern alle Handlungskompetenzen aus der Hand nahm.

Die gesetzlich festgeschriebene Entscheidungsvollmacht liegt seit dem Jahr 1958 bis heute bei den Nationalausschüssen, also Organen staatlicher Macht, die im totalitären System den Willen der Partei ausführten. Die Meinung der Fachinstitutionen der staatlichen Denkmalpflege war für sie nicht verbindlich, im Gegenteil: Prallten verschiedene Interessen aufeinander, so wurde die Denkmalpflege in der Entscheidungspraxis der Nationalausschüsse zumeist stark diskriminiert, wobei man *quasi* stillschweigend in Kauf nahm, daß die Nationalausschüsse nun nicht mehr nur die Entscheidungsbefugnis, sondern darüber hinaus auch die Verantwortung für das weitere Schicksal unserer Denkmäler innehatten. Leider genügte das Maß an Bildung und Moral, wie es den Nationalausschüssen zur Ausübung ihrer Aufgaben als Kulturinspektorate abverlangt wurde, dieser Verantwortung in keiner Weise.

Infolge des sinkenden ökonomischen Standards des Staates beschleunigte sich der Verfall der Denkmäler, zumal auch das Gesetz von 1958 die inneren Probleme der staatlichen Denkmalpflege nicht gelöst hatte. Die immer zahlreicheren Ruinen historisch wertvoller Objekte wurden zu einem warnenden Memento für das Versagen des sozialistischen Systems, und als solches waren sie den politischen Organen ein Dorn im Auge. Die KPC-Funktionäre zögerten nicht, über die endgültige Beseitigung dieser Ruinen zu entscheiden, wohlwissend, daß sie gegen das Gesetz handelten. Antonín Novotný als höchster Parteifunktionär und Präsident der Republik konnte eigenmächtig anordnen, daß die Ruine der frühgotischen Maria-Magdalenenkirche in Osoblaha/Hotzenplotz abgetragen wurde — des bedeutendsten mittelalterlichen Baudenkmals in der Region Mährisch-Schlesien. Dies ist nur einer von zahlreichen Fällen der willkürlichen Entscheidungspraxis, die den Denkmälern das Recht auf eine spätere Rekonstruktion verweigerte. Die Proteste der Denkmalpfleger blieben meist vergeblich, und lange durften sie auch nur intern geäußert werden. Erst im Jahre 1968 gelang es den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts für Kunsttheorie und -geschichte in Prag, ein umfangreiches Memorandum über den beklagenswerten Zustand der Kunstdenkmäler in der Tschechoslowakei zu veröffentlichen (*Umění* 16, 1968, 321—347); die Verhandlungen darüber hatten sich ein ganzes Jahr lang hingezogen, und die Publikation war zwischenzeitlich von der Presseaufsicht abgelehnt worden. Es war dies selbst für die professionellen Denkmalpfleger die erste Gelegenheit, ihren Anspruch auf die Ausführungsvollmacht zu formulieren (s. Pavel Neumann, *Literární listy* Nr. 8, 18. 4. 1968). Das Jahr 1968 wirkte sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens stimulierend aus. Im Gefolge der befreienden Gedanken des „Prager Frühlings“ bot es Václav Richter Gelegenheit, das seit 1948 erste und bis heute letzte nicht-marxistische Konzept zur Denkmalpflege und deren Sinn zu veröffentlichen, basierend auf der Philosophie Martin Heideggers (*Monumentorum tutela* 6, 1970, 5—18, und *Muzeologické sešity* 3, 1971, 10—32). Sein Hauptanliegen war, der ideologischen Präferenz in der historischen Bewertung der

Kunstdenkmäler ein Ende zu setzen. 1970 gelang es Václav Richter dann noch, zusammen mit seinen Kollegen und Schülern eine großangelegte wissenschaftliche Aktion zu veranstalten, die zum Ziel hatte, den Denkmalschutz für die Architektur des tschechischen Funktionalismus durchzusetzen (s. *Sborník referátů přednesených na celostátní vědecké konferenci v Brně*, März 1970, Brünn 1972). Dies war besonders heikel, handelte es sich doch um eine Kategorie von Kunstdenkmälern, die als Zeugnisse des Wohlstandes in der Vorkriegs-tschechoslowakei als ideologisch untragbar galten.

Der „Normalisierungsprozeß“ der 70er Jahre, gestützt auf die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968, wirkte sich auf die Denkmalpflege in dem Bemühen des Kulturministeriums aus, zu jener Zentralisierung der Kompetenzen zurückzukehren, wie sie zu Beginn der 50er Jahre praktiziert worden war. Man plante die Einrichtung einer Denkmalbehörde von Mammutausmaßen, bestehend aus einer leitenden Zentrale, einem Projektinstitut, einem spezialisierten Baubetrieb („*památkostav*“/„Denkmalbau“), Restaurierungswerkstätten („*Státní restaurátorské ateliéry*“/„Staatliche Restaurierungsateliers“) sowie einem wissenschaftlichen Denkmalpflegeinstitut, das aus dem bisherigen Staatlichen Institut für Denkmalpflege und Naturschutz (SÚPPOP) hervorgehen sollte. Dieser Plan, der in keiner Weise den tatsächlichen Erfordernissen und Möglichkeiten der staatlichen Denkmalpflege entsprach, wurde glücklicherweise nicht in vollem Umfang verwirklicht. Die Generaldirektion der Zentrale für die Staatliche Denkmalpflege und den Naturschutz, eingerichtet im Jahre 1978, wurde zum 31. Dezember 1988 wieder aufgelöst. Ihre Rechte und Pflichten gingen mit Ausnahme der Leitung der Staatlichen Restaurierungsateliers auf das Staatliche Institut für Denkmalpflege und Naturschutz in Prag über. Gleichwohl geriet die Denkmalpflege nun mehr denn je unter den Einfluß des rein ideologisch ausgerichteten und bürokratisch mächtigen Kulturministeriums, das fachliche Stellungnahmen von seiten der Denkmalpflege im allgemeinen nur als unerwünschte Komplikationen betrachtete. Daraus erklärt sich auch, daß die Zentralkommission der staatlichen Denkmälerkommission, die als beratendes Gremium des Kulturministeriums fungieren sollte, viele Jahre lang nicht einmal einberufen wurde. Entsprechend eigenmächtig verfuhr die Nationalausschüsse in den einzelnen Bezirken. Diese Situation stellte ein regelrechtes Dorado für partikuläre Interessen dar, insbesondere der „starken Investoren“, die durch persönliche Beziehungen mit dem Machtapparat der KPČ verflochten waren. Stellvertretend für alle Beispiele dieses gesellschaftlich schädlichen Vorgehens sei hier auf die liberal-kapitalistische Raubgier verwiesen, mit der in den historischen Zentren unserer Städte auf Kosten des Denkmälerbestandes die Errichtung der Kaufhäuser „Prior“ durchgesetzt wurde (Olomouc/Olmütz, Jihlava/Iglau u. a.). Der Widerstand der Öffentlichkeit konnte hier erst durch massiven Einsatz von Sicherheitskräften gebrochen werden. Gegen das Votum der Öffentlichkeit — sowohl der Fachleute als auch der Laien — wurde auch die Entscheidung über den Erweiterungsbau des Nationaltheaters in Prag getroffen. In diesem Fall kam noch hinzu, daß der exorbitante Aufwand in krassem Widerspruch zu den ständigen Mahnungen der Denkmalpfleger stand, die laufende (kostengünstige) Instandhaltung der zahlreichen Baudenkmäler sicherzustellen, die sonst aus Mangel an finanziellen Mitteln zum Verfall verurteilt wären. Aussicht auf Realisierung bestand freilich eher für große, in jeder Hinsicht anspruchsvolle Restaurierungsprojekte,

die unter anderen politischen Bedingungen nur schwer durchzusetzen gewesen wären (so die Adaptation des Georgsklosters und des Agnesklosters für Zwecke der Prager Nationalgalerie), oder aber für ausgesprochene „Potemkiaden“ wie die einförmigen Fassadengestaltungen an ganzen Platz- und Straßenfronten ohne parallele denkmalpflegerische Eingriffe in den zerstörten Interieurs und Innenhöfen der einzelnen Häuser (in Prag besonders die letzte Fassadenrenovierung in einem Teil des Königsweges). Die Voraussetzungen dafür schufen einerseits die Notwendigkeit von Erfolgspropaganda für die staatliche Denkmalpflege, andererseits die egoistischen Interessen der großen, monopolisierten Baubetriebe. Die innere Widersprüchlichkeit dieser Verfahrensweise wurde vollends offenkundig, als schrittweise über das Schicksal der Dechanatskirche Mariä Himmelfahrt in Most/Brüx entschieden wurde, eines berühmten Juwels der böhmisch-sächsischen Spätgotik (s. Oliva Pechová, *Lidová demokracie* Nr. 76, 30. 3. 1990). Man hatte die Kirche zwar im Jahre 1975 unter großem Spektakel und Aufwand mit Hilfe moderner Technik an einen anderen Platz versetzt und damit vor der Gefährdung durch den Bergbau gerettet; danach hatte man den Bau aber für lange Zeit offensichtlich aus ideologischen Gründen ungesichert der Witterung ausgeliefert. Wäre die westdeutsche Publizistik nicht gewesen, die die schändliche Angelegenheit nicht unbeachtet gelassen hat, wäre bis heute nichts zur Rettung der Kirche geschehen. Dennoch haben die Exekutivorgane nicht zugelassen, daß das ursprüngliche Kircheninterieur und damit die Möglichkeit zu liturgischer Nutzung wiederhergestellt wurde. Statt dessen haben sie nur einer Einrichtung als Galerie mit höchst zweifelhaften Auswirkungen auf den architektonischen Charakter des Bauwerks zugestimmt, wobei allein schon der Kostenaufwand von geduldeter Verschwendung öffentlicher Finanzmittel zeugt.

Als Gegenpol standen all dem die öffentlichen Appelle auch höchster Partei- und Staatsfunktionäre an die Denkmalpfleger gegenüber, die angeblich unmäßige Anzahl der offiziell geschützten Denkmäler zu senken (s. der Vorsitzende der föderativen Regierung Lubomír Štrougal in *Rudé právo*, Nr. 85, 10. 4. 1980). Dem Volk rechnete man demagogisch vor, daß es bei uns sehr viel mehr solche Denkmäler gebe als in anderen europäischen Ländern. Die Verteidigung gegen diese Demagogie beschäftigte die tschechischen Denkmalpfleger und Historiker in der nachfolgenden Zeit ständig, und allmählich drang sie sogar in die Parteipresse durch (Ivo Kofán, *Rudé právo* Nr. 271, 17. 11. 1986; Rostislav Švácha, *Rudé právo* Nr. 7, 9. 1. 1987).

Höhepunkt dieser Entwicklung der tschechoslowakischen staatlichen Denkmalpflege in der Ära der „Normalisierung“ war das neue Gesetz über die „staatliche Denkmalpflege“, das der tschechische Nationalrat am 30. März 1987 verabschiedete. Es sanktionierte die von der Ideologie und den gegebenen politischen Verhältnissen erzwungene Inkompetenz der Entscheidungen. Das Ministerium setzte die Novelle gegen die Einwände von allen Fachorganisationen und Personen durch, die den Wortlaut vorab kannten. Die Entschlossenheit des Kulturministeriums schien unbeugsam. Nur das Ministerium war — und ist bis heute — befugt, „Sachen zu Kulturdenkmälern zu erklären“, bzw., die Aufhebung dieses elementaren Mittels zu ihrem Schutz zu beschließen. Bürokratisch präzise wurde festgeschrieben, daß nur dergestalt evidierte Denkmäler das Recht auf Schutz genießen. Damit an der Stoßrichtung des Gesetzes keine Zweifel blieben, wurde auch eine Verfügung über die dreifach gestaffelte Kategorisierung der Denk-

mäler nicht ausgelassen, die unweigerlich eine Diskriminierung von Denkmälern der niedrigeren Kategorien nach sich zieht. Es sind dies Denkmäler, die nicht im Zentrum des Interesses stehen, sowie solche, die sich in ihrem jeweiligen Kontext als ideologisch fragwürdig oder sonst unerwünscht erweisen könnten. Betrachtet man das Gesetz unter dem Aspekt der generellen Einstellung des Machtapparates zur Denkmalpflege, so wird erkennbar, daß sein Sinn in der Legalisierung einer allmählichen Reduktion des Denkmälerfundus liegt. Die neu eingeführten Paragraphen, die die Verhängung von Geldbußen über öffentliche Einrichtungen für die Beschädigung von Denkmälern vorsehen, ändern daran wenig, solange ihrer Anwendung in der Praxis übergeordnete politische und ökonomische Interessen der Nationalausschüsse entgegenstehen. Entsprechend unwirksam mußte von Anfang an das Denkmälerinspektorat bleiben, sollte es doch vom Kulturministerium eingerichtet werden, das die staatliche Denkmalpflege ja ohne kompetente Kontrolle durch die Fachöffentlichkeit dirigiert. Von den neuen Bestimmungen gegenüber dem früheren Gesetz von 1958 kommt unter dem Gesichtspunkt echten Interesses an den Denkmälern wohl nur einer einzigen positive Bedeutung zu: nämlich derjenigen, die die Festsetzung von Denkmalschutzzonen vorsieht. Damit wurden die Möglichkeiten zu reglementiertem Schutz der noch erhaltenen urbanistischen und architektonischen Werte in unseren historischen Städten beträchtlich erweitert. Dies ist vor allem den langjährigen Bemühungen Aleš Vošahlíks vom Staatlichen Institut für Denkmalpflege und Naturschutz in Prag zu verdanken.

Die Verabschiedung eines Gesetzes dieser Art konnte die Situation der Denkmalpflege begrifflicherweise weder verbessern noch beruhigen. Schon seinerzeit wuchs der Widerstand der Gesellschaft gegen die inkompetenten Entscheidungen des Machtapparates. Das neue Denkmalpflegegesetz wurde wiederholt öffentlich kritisiert, und man forderte eine weitere Novellierung. Das Kulturministerium mußte der Einrichtung einer „Bewertungskommission“ zustimmen, die jeweils zur „Deklaration von Sachen zu Kulturdenkmälern“ und auch zur Aufhebung einer solchen Deklaration Stellung nehmen sollte — für das Kulturministerium allerdings unverbindlich.

Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die riesigen Verluste an Denkmälern, die insbesondere im nordböhmischem Bergbaugebiet, in den grenznahen Zonen und in den historischen Städten bereits einer flächendeckenden Liquidation gleichkamen, propagandistisch nicht mehr zu rechtfertigen waren. Die maßgeblichen Instanzen im Machtapparat der KPC mußten dem Druck der öffentlichen Kritik bis zu einem gewissen Grad nachgeben. Etwa seit 1987 erschienen in *Rudé právo* gelegentlich Hinweise auf den beklagenswerten Zustand der Denkmäler, wobei sich die Kritik allerdings immer gleichsam nach unten richtete, gegen die Besitzer und Verwalter der betroffenen Objekte und deren unkultiviertes Gebaren. Auf die Verantwortung der Nationalausschüsse, des Kulturministeriums, der Regierung und der KPC wurde dabei nicht aufmerksam gemacht. Anfang 1988 erschien in „*Mladý svět*“, einer vielgelesenen Zeitschrift für jugendliches und auch älteres Publikum, ein eindringlich warnender Artikel des bekannten ökologischen Publizisten Josef Velek mit dem Titel „Stürzt Olomouc [Olmütz] ein?“. Der Autor versuchte, den Lesern am Beispiel der zweitgrößten Denkmalreservation in den böhmischen Ländern die Auswirkungen unserer — sozialistischen — Denkmalpflege nahezu bringen. Daraufhin erfolgten nicht etwa der Rücktritt des Kulturministers oder andere

Korrekturmaßnahmen von seiten der Regierung: Von den machtausübenden Organen meldete sich lediglich das rangniedrigste zu Wort. Der Vorsitzende des städtischen Nationalausschusses in Olomouc/Olmütz konstatierte wahrheitsgemäß, daß „die eigenen Mittel der Stadt und auch alle freiwilligen Initiativen der Bürger“ zur Rettung des historischen Olomouc/Olmütz „nicht ausreichen“ (*Rudé právo* Nr. 118, 21. 5. 1988). Eine Woche später informierte *Rudé právo* über die verzweifelte Lage der städtischen Denkmalreservation Kadaň/Kaadens (Nr. 124, 28. 5. 1988). Einer der Untertitel lautete „Hoffnungslosigkeit?“. Unabweisbar drängt sich die Frage auf, ob solche Kritik am Zustand unserer Denkmäler nicht deshalb ermöglicht worden war, weil sie geeignet erschien, das Volk auf weitere flächendeckende Liquidationen historischer Städte vorzubereiten, die der Staatsapparat für unumgänglich hielt. Zum Anwalt der Denkmäler wurde in diesen Jahren *Lidová demokracie*, die Tageszeitung der Tschechoslowakischen Volkspartei. Sie brachte immer häufiger Informationen zu dieser Problematik, obwohl sich die Autoren im totalitären System machtlos fühlen mußten — siehe den Kampf um die Rettung des Benediktinerklosters in Prag-Břevnov/Breunau, der aus Anlaß des tausendjährigen Jubiläums dieser bedeutenden kirchlichen Institution — gegründet 993 von Fürst Boleslaus II. und dem hl. Adalbert — aufgenommen wurde, und der noch vor kurzem zu scheitern drohte.

Als der Spielraum für freie Meinungsäußerung etwas weiter geworden war, konnte im Staatlichen Institut für Denkmalpflege und Naturschutz vor allem dank dem Engagement von Václav Pilz eine von den Ansichten des Kulturministeriums unabhängige Diskussion über Sinn und Aufgaben der Denkmalpflege veranstaltet werden — zum ersten Mal seit dem Jahr 1968 (Referate publiziert in *Bulletin sekce památkové péče vedoucího pracoviště vědeckotechnického rozvoje* 5, Prag 1988 [vgl. neuerdings: Pavel Korčák, *Památky a příroda* 15, 1990, 65—74]). Vorgezeichnet worden war sie 1970 auf dem vergleichsweise liberaleren Boden des Instituts für Kunsttheorie und -geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag (Ivo Hlobil, *Umění* 31, 1983, 564). Die große Anziehungskraft der Veranstaltung hatte ihren Grund in dem latenten antiideologischen und antibürokratischen Unterton, der sich implizit gegen die inkompetenten und schädlichen Eingriffe des Machtapparates in die eigentlichen Interessen des Schutzes unseres nationalen Kulturerbes richtete. Mit vereinten Kräften der Fachöffentlichkeit und der Institutionen gelang es dann, am Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Ästhetik der philosophischen Fakultät an der Karlsuniversität einen Graduiertenstudiengang für Denkmalpflege einzurichten (Bericht in *Umění* 32, 1984, 273 f.; Ivo Hlobil, *Bulletin vedoucího pracoviště vědeckotechnického rozvoje* 2, Prag 1985, 45—49; Jaromír Homolka, *ebd.*, 59—64; Vl. Hrubý, *ebd.*, 5, 1988, 179—181). Seinerzeit wurde dies schon als großer Erfolg gewertet, insbesondere für die Zukunft, im Hinblick auf die Durchsetzung der Fachkompetenz als Entscheidungsgrundlage im Bereich der Denkmalpflege. Prognostische Analysen gewannen für die staatliche Denkmalpflege nun an konkreter Bedeutung (zu deren Entwicklung und aktuellem Stand: Jaroslav Svatoň, *Prognóza rozvoje státní památkové péče do roku 2000—2010*, Prag, Institut für Kulturforschung, Staatliches Institut für Denkmalpflege und Naturschutz, 1989).

Der Widerstand der am Denkmalschutz interessierten Öffentlichkeit äußerte sich in der letzten Phase vor dem Sturz des totalitären Regimes in zunehmend nachdrücklicher Ablehnung der schädlichen Entscheidungen des Machtapparates, etwa über den Abriß des wohlbekannten, architektonisch wertvollen Bahnhofsgebäudes Těšnov in Prag. Tatsächlich aktiviert wurde die breite Öffentlichkeit dann später, anlässlich des Wettbewerbs um die bauliche Vollendung des Altstädter Rings und der Umbauplanung für das Rudolfinum. Beträchtliche Aufregung provozierten in Prag auch die Kämpfe um die wenigstens partielle Erhaltung des Stadtviertels Žižkov, um die Unantastbarkeit der Stromovka (Königlicher Baumgarten) und die Interessen der Bewohner der Kleinseite, die gegen den Bau von Ausländerhotels verteidigt werden mußten. Informationen über den geplanten Ausverkauf unserer Denkmäler in westeuropäischen Auktionshäusern, die aus dem Kulturministerium durchsickerten und von unglaublichen Dementis bestätigt wurden, stachelten die Empörung über die Angriffe auf vitale Interessen der Denkmalpflege zusätzlich an. Wie in anderen Lebensbereichen, schrie die Situation auch in der Denkmalpflege geradezu nach radikalen Veränderungen.

Der Zusammenbruch der totalitären Herrschaft der KPC nach dem 17. November 1989 brachte der Denkmalpflege in der Tschechoslowakei neue Hoffnung auf eine Kurskorrektur der bisher katastrophalen Entwicklung. In einer blühenden demokratischen Gesellschaft ist in dieser Hinsicht wohl eine Reihe günstiger Umstände zu erwarten. So kann im Zuge des Aufschwungs privaten Unternehmertums der Mangel an erforderlichen Baukapazitäten und -materialien behoben werden, ebenso kann dann für die qualifizierte Ausführung spezieller handwerklicher Arbeiten gesorgt werden: dies alles weitab von der bisherigen ostentativen Gigantomanie, also vielmehr aus einem selbstverständlichen Interesse an der ökonomisch vernünftigeren gleichmäßigen Instandhaltung der Denkmäler heraus. Als positiver Faktor für die Zukunft wird sich wohl auch das verstärkte Interesse der Bürger an Denkmälern von lokaler Bedeutung auswirken und insbesondere an der Erhaltung des individuellen Charakters der einzelnen Städte und Gemeinden. Die größere Freiheit im religiösen und kirchlichen Leben wird der Pflege sakraler Denkmäler zugutekommen. Das Ende der Vorherrschaft der kommunistischen Ideologie bedeutet auch, daß das konfliktbeladene Verhältnis zu Denkmälern bestimmter Gattungen und historischer Epochen — Funktionalismus, Barock u. s. w. — bereinigt werden kann. Generell ist unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen zu fordern, daß der wesentliche Sinn der Denkmäler mehr von der Warte des Kulturidealismus aus und nicht mehr nach den Gesichtspunkten des bisherigen strikten Materialismus beurteilt wird.

Was die augenblickliche Situation nach dem 17. November anbetrifft, kann man konstatieren, daß die am Denkmalschutz interessierte Öffentlichkeit wieder den Weg eingeschlagen hat, den sie vor einundzwanzig Jahren, im „Prager Frühling“ 1968, bereits einmal beschritten hatte. Als nachträgliche Antwort an das soeben beseitigte Regime, das jahrelang einen — und sei es auch noch so streng zentral gelenkten — Interessenverband der Denkmalpfleger verhindert hatte, begannen sich im ganzen Land unzählige Vereine zur Rettung des nationalen Kulturerbes zu konstituieren. Am 7. Februar schlossen sie sich zur „Unabhängigen Denkmälerunion“ zusammen. Professionelle Mitarbeiter der staatlichen Denkmalpflege, unterstützt von Kollegen fachverwandter

Institutionen, haben sich als dringlichstes Ziel vorgenommen, daß die Entscheidungs- und Exekutivvollmachten in bezug auf Denkmäler von den Nationalausschüssen auf die Fachorganisationen der Denkmalpflege übertragen werden, d. h., von den Kulturreferaten der Kreisnationalausschüsse auf die Bezirkszentren der staatlichen Denkmalpflege und des Naturschutzes. Zum ersten Mal wurde diese Forderung in der „Proklamation zum Schutz des nationalen Kulturerbes“ artikuliert, die Mitarbeiter des Lehrstuhls für Kunstgeschichte an der philosophischen Fakultät der Karlsuniversität und des Staatlichen Instituts für die Rekonstruktion denkmalwürdiger Städte und Objekte (SÚRPMO) Anfang Dezember 1989 verfaßt hatten, und die gleich darauf unter großem Applaus in der Tagespresse publiziert wurde. Dieses Anliegen konnte jedoch aus verschiedenen Gründen vorerst noch nicht durchgesetzt werden. Die Verantwortung für die weiteren Verhandlungen in dieser Sache liegt nun weitgehend bei dem neuberufenen Direktor des Staatlichen Instituts für Denkmalpflege und Naturschutz in Prag, dem Kunsthistoriker und renommierten Denkmalpfleger Josef Štulc.

Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft knüpft sich nun an die Ausarbeitung und Verabschiedung eines neuen Gesetzes über Denkmäler und Denkmalpflege, an dessen Grundzügen schon seit langem im Rahmen verschiedener Initiativen gearbeitet wird. Dies bedeutet allerdings, daß sich Reformen in der Denkmalpflege entgegen den anfänglichen Erwartungen erheblich verzögern werden.

Die Novellierung des Gesetzes kann erst in Angriff genommen werden, wenn alle grundsätzlichen Fragen zum Übergang unserer Länder zur Demokratie geklärt sind. Vorläufig ist noch unklar, wie sich etwa die Entscheidung über die Auflösung der Bezirksnationalausschüsse oder auch der Kreisnationalausschüsse und die Bildung neuer Verwaltungseinheiten auf die Denkmalpflege auswirken wird. Und was ist mit den Folgen der schon angelaufenen Privatisierung, insbesondere der Rückgabe der enteigneten Güter an die Kirchen, einschließlich einiger unserer bedeutendsten Denkmäler? Diese Problematik berührte zum ersten Mal Rostislav Švácha in *Rudé právo* (Nr. 307, 30. 12. 1989) im Zusammenhang mit dem Haus Baťa. Die Rückkehr der Prämonstratenser in ihr Prager Kloster Strahov, wo bisher eine Gedenkstätte für nationales Schrifttum sowie das Institut für tschechische Literatur und Weltliteratur der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften ihren Sitz hatten, gab den Anstoß zu einer Diskussion in der Presse: Aleš Haman, „Tschechische Kultur in die Hände der Kirche?“ (*Lidové noviny* Nr. 19, 10. 3. 1990). Die Antwort gab der Vizevorsitzende der föderativen Regierung, Josef Hromádka: „Von der tschechischen Kultur und den 'Händen der Kirche'“ (*ebd.*, Nr. 24, 28. 3. 1990). Dies ist freilich erst der Einstieg in ungleich kompliziertere Fragen.

Und was bedeutet der Aufschwung des Unternehmertums für die Denkmäler, und was erwartet uns, wenn ausländisches Kapital in unser Land eindringt? Hoffentlich wird gelten, was der Kulturminister der ČSR, Milan Lukeš, in der Tagespresse erklärt hat: „... Wir müssen verhindern, daß Denkmalwerte ins Ausland abfließen oder durch kommerzielle Aktivitäten vernichtet werden“ (*Svobodné slovo* Nr. 42, 19. 2. 1990).

Im Unterschied zur Politik und zur Ökonomie war für die Denkmalpflege unter dem kommunistischen Regime keine demokratische Alternative ausgearbeitet worden. Generell strebten die Denkmalpfleger in den letzten Jahren Korrekturen und Verbesserungen

am bestehenden System der Denkmalpflege an, nicht seine völlige Negierung. Ausschlaggebend für diesen Standpunkt war das Bemühen, den Einfluß auf den Schutz der Denkmäler nicht ganz zu verlieren. Unter den Initiatoren der „Charta 77“ finden wir keine professionellen Denkmalpfleger; andererseits gab es in ihren Reihen auch nur wenige Parteimitglieder. Nach der treffenden Typisierung der Soziologen aus dem Kreis der Dissidenten können die Denkmalpfleger als eine Gruppe innerhalb der sogenannten „grauen Zone“ des alten Regimes gelten (s. Jiřina Šiklová, *Listy* 20, 1990, Nr. 1, 14—17). Die Aufgabe, die Denkmalpflege aus den Bedingungen der totalitären Gesellschaft in die Demokratie zu überführen, ist in ihrer Art völlig neu; ihr tatsächliches Ausmaß muß sich erst noch herausstellen und vor allem in der Praxis bestätigen. Vorerst erkennen wir immer deutlicher, daß wir uns nicht einfach vom Denken im Geist der Vergangenheit loslösen können: Einerseits können wir nicht mehr ausschließlich vom bestehenden System der staatlichen Denkmalpflege ausgehen und voraussetzen, daß es ohne die autoritäre Aufsicht und die Eingriffe der KPC weiterhin funktionieren kann; das System muß auf die Bedingungen der Demokratie abgestimmt werden. Falsch wäre aber auch, ins andere Extrem zu verfallen und die bisherige Entwicklung zu negieren — schon weil sie ja nicht nur die Entscheidungen der KPC reflektierte, sondern ebenso sehr die Bemühungen und Wünsche der am Denkmalschutz interessierten Öffentlichkeit. Wir müssen vielmehr den Stand der Denkmalpflege, so unerfreulich er sich nach den mehr als vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft auch darstellt, bei der Planung eines besseren Morgen sorgfältig bilanzieren. Was den Zustand der Denkmäler selbst anbelangt, so müssen nicht nur die gewaltigen Verluste, deren genauer Umfang noch nicht bekannt ist, aufgelistet werden, sondern auch alles, was für die Zukunft gerettet werden konnte. Wir sollten nicht übersehen, daß die Tschechoslowakei dank dem nie nachlassenden Engagement, aber auch infolge unserer beträchtlichen zivilisatorischen Zurückgebliebenheit immer noch reich an Denkmälern ist. Dies bedeutet auch ein großes Potential an Anziehungskraft für den Tourismus, nicht nur in bezug auf das schon heute für Ausländer besonders attraktive Prag (s. dazu Dagmar Sedláková's Artikel in *Lidové noviny* Nr. 35, 12. 4. 1990, in dem die Autorin ihrer Skepsis angesichts der Nostalgie Ausdruck gibt, mit der westliche Touristen unsere Wirklichkeit erleben).

Die Neuordnung der Denkmalpflege und ihre Eingliederung ins demokratische System wird sicher in vieler Hinsicht vom Maß der Selbstbestimmung im ökonomischen Bereich abhängen, einschließlich der Möglichkeit zu eigenem unternehmerischen Engagement. Unter diesem Gesichtspunkt muß von vornherein Vorstellungen entgegengesetzt werden, daß man die durch Denkmäler erzielten Einnahmen — insbesondere Devisen, die der Tourismus einbringt — wie im bisherigen System auf andere, relativ wichtigere Wirtschaftsbereiche umdisponieren könne (Ivan Gabal äußerte in den ersten zwei Nummern der Zeitschrift des Bürgerforums, *Fórum*, 31. 1. und 7. 2. 1990, die Befürchtung: „Je mehr Gewinn wir in diesem Bereich erwirtschaften müssen, desto weniger wird, wie es aussieht, für ihn selbst übrigbleiben.“) Dies wäre ebenso unklug wie das Abschöpfen der Gewinne aus prosperierenden Industriezweigen zugunsten der rückständigen, wie es die erfolglose ökonomische Theorie der zentral gelenkten Planwirtschaft verlangte. Der Untergang weiterer Denkmäler muß selbst um den Preis

erheblicher Opfer verhindert werden. Die Denkmalpflege muß gerade auch aus ökonomischen Gründen auf einer Erhöhung der Investitionen bestehen.

Nicht weniger bedeutsam als das neue Denken in bezug auf System und Ökonomie ist für die Denkmalpflege im Augenblick die Reflexion der neu auftretenden und entwickelten ideellen Motivationen. Hier eröffnet sich Raum für eine neue philosophische Fundierung unserer Denkmalpflege, die dann nicht mehr durch das Dogma des „wissenschaftlichen Materialismus“ und das technokratische Denken eingeengt sein wird. Auf die fatalen Folgen dieser Einschränkungen hat zum ersten Mal Dagmar Sedláková schon im Manifest zum Stand der Denkmalpflege vom 13. 12. 1989 hingewiesen und noch einmal in *ATD.*, der Wochenschrift des *Klub '89* (Nr. 7, 12. 4. 1990). Die Ideologie der KPC grenzte die Denkmalpflege gewaltsam nicht nur gegen die Religion ab, sondern auch gegen die Interessen verschiedener Gemeinschaften, gegen den lokalen, regionalen und den Landespatritismus, und ebenso gegen unsere mehr als tausendjährige Bindung an Europa. Welches Potential dies für das Interesse der Öffentlichkeit an Denkmälern bedeutet, können wir noch nicht abschätzen. Die aus all dem resultierenden konkreten Überlegungen und Maßnahmen stehen jedoch schon heute auf der Tagesordnung: Angebote und Auseinandersetzungen um die Rückgabe der Klöster an die einzelnen Orden, die ständig diskutierte Besorgnis vor einem Ausverkauf unserer Denkmäler an Ausländer, die nur scheinbar kleinlichen Streitigkeiten darüber, wie die einzelnen Länder in der Heraldik unseres neuen Staatswappens vertreten sein sollen, die scharf zugespitzte slowakisch-tschechische Kontroverse um die Benennung der föderativen Republik, das im Aufschwung begriffene Mährentum, die Reaktivierung des traditionsreichen „Sokol“, der wiedererwachende Patriotismus unserer im Ausland lebenden Adelsgeschlechter und Unternehmer (Tomáš Baťa) — all das sind für uns Herausforderungen.

Ein besonderes Kapitel stellt in den Überlegungen um die Denkmalpflege der Begriff des modernen Europa dar. Václav Havel hat unseren Wunsch vorgetragen, „nach Europa zurückzukehren“, in dessen westliche Kultursphäre. Damit sind natürlich nicht nur politische und ökonomische Zusammenhänge gemeint. Auch für die Denkmalpflege bedeutet dies die Forderung nach einer „Öffnung nach Europa“ und die moralische Verpflichtung, unsere Denkmäler als Teil des gesamt europäischen Kulturgutes zu begreifen, für den wir nicht nur uns selbst gegenüber verantwortlich sind, sondern auch gegenüber allen anderen Völkern und besonders unseren Nachbarn, mit denen uns gemeinsame Geschichte und traditioneller Kulturaustausch verbinden. Um dies zu verwirklichen, muß freilich noch viel getan werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir selbst dabei mehr gewinnen werden als das übrige Europa. Vielleicht erhalten wir in der kritischen Phase des Übergangs zum demokratischen System, also wenn wir sie besonders brauchen, intellektuelle Unterstützung für den Schutz der Denkmäler in der Tschechoslowakei. Mißerfolg in der Denkmalpflege würde die neu entstehende Gesellschaft in den Augen unseres eigenen Volkes und auch vor der übrigen Welt diskreditieren.

Ivo Hlobil